



Ostdeutsche Kohleregionen setzen auf Wasserstoff-Technologie

In Leuna ist die mit 100 Megawatt weltweit größte Elektrolyse-Anlage geplant

VON ULRICH MILDE

LEUNA. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat ein ehrgeiziges Ziel. „Wir wollen bei Wasserstoff-Technologien die Nummer eins der Welt werden.“ Das biete „enorme Potenziale“ für die Energiewende und den Klimaschutz, meint der Politiker. Mitteldeutschland spielt in diesen Plänen eine nicht unwichtige Rolle. Im Rahmen eines Ideenwettbewerbs sind gleich vier von bundesweit 20 Projekten als Sieger ausgewählt worden. 90 Vorschläge waren eingereicht worden.

Die Gewinner können nun ihre Anträge auf Fördermittel einreichen. Dafür stellt das Ministerium jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Für die vom Ausstieg aus der Kohle betroffenen Regionen (Lausitz, Mitteldeutschland, Rheinisches Revier) kommen 200 Millionen Euro noch oben drauf.

Bei den Maßnahmen dabei ist auch die mit über 100 Megawatt weltweit größte Elektrolyse-Anlage zur Erzeugung von grünem Wasserstoff auf dem Gelände des Chemieparks in Leuna. Das Projekt, das bis 2024 realisiert werden soll, wird von Siemens, Linde und dem Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen geplant. Grüner Wasserstoff entsteht, wenn Wasser mit Strom aus erneuerbaren Energien in seine Bestandteile Sauerstoff und Wasserstoff zerlegt wird (Elektrolyse). Ziel sei, das mitteldeutsche Chemiedreieck im industriellen Maßstab mit grünem Wasserstoff zu versorgen, sagte Siemens-Projektverant-

wortlicher Florian Bergen.

Geplant sind auch Veredelungen zu CO₂-neutralen chemischen Grundstoffen oder Kraftstoffen. So werde wesentlich zur CO₂-Reduktion „im Mobilitäts- und Chemiesektor“ beigetragen, meinte Bergen. Grüner Wasserstoff reduziere die anfallenden Treibhausgas-Emissionen um bis zu 91 Prozent. „Mit diesem Schritt bringen wir eine innovative Technologie aus Deutschland in die industrielle Skalierung“, betonte Armin Schnettler, bei Siemens Leiter der Konzernforschung Energie.

Den Zuschlag erhalten hat auch das Projekt Energiepark Bad Lauchstädt. Dort will ein Konsortium um den Leipziger Erdgasriesen VNG großtechnisch und unter realen Bedingungen die Herstellung, die Speicherung, den Transport und den wirtschaftlichen Einsatz von grünem Wasserstoff testen. „Wir sehen das als wichtiges Zeichen, dass die Bundesregierung den Aufbau der Power-to-Gas-Technologie nun stärker anreizt“, bewertete Bernd Protze, Chef der VNG-Gasspeichertochter, die Entscheidung. Bei Power-to-Gas handelt sich um die Umwandlung von erneuerbarem Strom in Gas, das wiederum gespeichert werden kann. Das sei „für eine erfolgreiche Energiewende unverzichtbar“, sagte dazu VNG-Chef Ulf Heitmüller.

Vorgesehen ist in Bad Lauchstädt, den grünen Wasserstoff in einer Salzkaverne zwischenzuspeichern und über eine umzuwidmende Erdgaspipeline ebenfalls

in das Wasserstoffnetz des mitteldeutschen Chemiedreiecks einzuspeisen. „Es wäre die erste Wasserstoff-Kaverne in Kontinentaleuropa und weltweit die einzige, die grünen Wasserstoff einspeichert“, sagte Hartmut Krause, Geschäftsführer des Gastechnologischen Instituts Freiberg, das mit an Bord ist. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Armin Willingmann (SPD) sagte, das Entstehen einer mitteldeutschen Modellregion in dieser wichtigen Zukunftstechnologie „stellt die Weichen für hochwertige Arbeitsplätze und künftige Wertschöpfung“. Grüner Wasserstoff sei ein zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende.

Ebenfalls mit dabei ist das Projekt City-Impuls DD. Die Dresdner beschäftigen sich mit dem Thema energieoptimierte Quartiere. In Cottbus sollen Konzepte zum CO₂-armen Wohnen und emissionsreduzierten Verkehr erprobt werden. Im Spremberger Ortsteil Schwarze Pumpe wiederum ist die Errichtung eines Referenzkraftwerks angedacht, in dem die Energieversorgung mit Sonne und Wind sowie Wasserstoff erprobt und erforscht wird. Das Modell soll später auf alle Lausitzer Kraftwerksstandorte übertragen werden. Ziel ist, die Lausitz als Energieregion zu festigen und Arbeitsplätze zu sichern. „Für uns als Strukturwandelregion ist die Nachnutzung der Kraftwerksstandorte ein besonderes Anliegen“, kommentierte Brandenburgs Ministerpräsident Ditmar Woidke (SPD).